

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

7.10.1921 (No. 234)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen wird die Redaktion nicht für die Erfüllung der Anzeigen haftbar gemacht. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anzeigener keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.
Ausfuhr von Wein.

\*\* Wie sich aus zahlreichen Zuschriften an das Ministerium des Innern und aus Zeitungsnachrichten ergibt, ruft die Ausfuhr von Wein aus Baden nach der Schweiz bei der Bevölkerung große Beunruhigung hervor. Hierzu wird bemerkt, daß die Ausfuhr von Wein seitens der Reichsbehörden freigegeben ist. Das Ministerium des Innern hat zufolge der durch die Ausfuhr hervorgerufenen Preissteigerung und Verringerung des Angebots bereits unterm 30. September 1921 bei dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung beantragt, daß die Ausfuhr von badischen Weinen wieder unter Ausfuhrverbot gestellt werde. Dem Ministerium des Innern selbst stehen gesetzliche Grundlagen, die Ausfuhr zu verbieten, nicht zu. Da bis jetzt eine Entscheidung der zuständigen Reichsstellen nicht eingegangen ist, hat es bei den genannten Reichsstellen nochmals um schnelle Entscheidung ersucht.

Bezahlung des Reichsnotopfers.

\*\* Es scheint in den Kreisen der Reichsnotopferpflichtigen nicht genügend bekannt zu sein, daß für die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1921 auf das Reichsnotopfer geleisteten baren Vorauszahlungen eine feste Vergütung von vier bis fünf Prozent des gezahlten Betrags gewährt wird. Diese Vergütung wird für die nach § 1 Abs. 1, 2 des Gesetzes über die beschleunigte Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers zu leistenden Zahlungen nur gewährt, wenn diese mindestens drei Monate vor ihrer Fälligkeit bar bewirkt werden. Für Zahlungen auf den nach § 1 Abs. 1, 2 des genannten Gesetzes zu entrichtenden ersten Teilbetrag wird die Vergütung nicht gewährt. Wer solche Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer leistet, braucht für je 100 M. nur je 96 M. hinzugeben. Mit den Vorauszahlungen verknüpft sich zugleich ein weiterer Vorteil. Das Notopfer muß bekanntlich vom 1. Januar 1920 an mit fünf vom Hundert verzinst werden. Diese Verzinsung hört mit dem Tage der Vorauszahlung für den bar abgezinsten Teil des Reichsnotopfers auf.

Deutsche Indexziffern.

Von Regierungsrat Dr. Emil Hofmann.

Im Inland und im Ausland gibt es zahlreiche Indexziffern (Weisziffern); in der Preisstatistik unterscheidet man Großhandels-, Kleinhandels- und Lebenshaltungsindezziffern. Die derzeit bekannteste deutsche Indexziffer ist die Lebenshaltungsindezziffer des Statistischen Reichsamts, deren Entwicklung sich nachstehender Zahlenreihe entnehmen läßt:

Table with 8 columns: Year (1913/14 to 1921), Index values (100, 623, 901, 901, 894, 880, 896, 963, 1046).

Nach dieser Lebensindexziffer waren also die Kosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung — zuzüglich der vom Statistischen Reichsamt angewandten Methode — im August 1921 etwa 10 1/2 mal so hoch wie vor dem Kriege. Gegenüber dem im Mai d. J. erreichten tiefsten Stand beträgt die Erhöhung 18,8 v. H. Berechnet man aus den — nach der Methode des Statistischen Reichsamts — errechneten Feuerungsabgaben von 44 badischen Gemeinden unter Berücksichtigung der jeweiligen Einwohnerzahlen den gewonnenen Mittelwert, so erhält man folgende Übersicht:

Table with 8 columns: Month (Febr. to August), Year (1920 to 1921), Index values (577, 852, 841, 853, 887, 1055, 1072, 100, 147,7, 145,8, 147,8, 153,7, 182,8, 185,8, 100,0, 98,7, 100,1, 104,1, 123,8, 125,8, 100,9, 101,4, 105,6, 125,4, 127,5, 100,0, 104,0, 123,7, 125,7, 100,0, 118,9, 120,9, 100,0, 101,6).

Hieraus ergibt sich, daß die badische Landesindexziffer seit April d. J. eine Erhöhung um 27,5 v. H. erfahren hat. Auch nach der Calwer'schen Reichsindexziffer, die indessen nur einen Teil der Lebensmittel umfaßt, war der April der bisher billigste Monat des laufenden Jahres. Im übrigen wird auf folgende Zusammenstellung verwiesen:

Table with 8 columns: Month (Juli to August), Year (1914 to 1921), Index values (25,12, 130,05, 261,08, 331,70, 351,27, 359,04, 395,96, 100,0, 520,1, 1040,5, 1519,5, 1398,4, 1429,3, 1596,3, 100,0, 200,1, 292,2, 268,9, 274,8, 303,1, 100,0, 146,0, 134,4, 137,4, 151,4, 100,0, 92,0, 94,1, 103,7, 100,0, 102,9, 112,7).

Aufolge der Calwer'schen Berechnungsmethode kosteten also die in diese Statistik einbezogenen Lebensmittel — Calwer berücksichtigt weder Bekleidung, noch Wohnung, noch Heizung und Beleuchtung usw. — das 15 1/2fache gegenüber der Vorkriegszeit; seit April d. J. hat diese Calwer'sche Reichsindex-

ziffer um 12,7 v. H. angezogen. Schließlich sei noch die Kleinhandelsindexziffer des Preisprüfungsamts der Stadt Mannheim erwähnt, welche die fünf Gruppen Nahrung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung, Wohnung und sonstiges umfaßt. Diese Mannheimer Indexziffer, die bislang als erste aller in- und ausländischen Indexziffern erscheint, da sie jeweils auf ersten jeden Monats ermittelt und noch am gleichen Tage der Öffentlichkeit übergeben wird, liegt bereits für den 1. Oktober d. J. vor. Hiermit hat sich in der Zeit vom 1. September bis 1. Oktober die Preissteigerung und damit die Geldentwertung, weiter — in stärkerem Tempo — fortgesetzt; sie beträgt 6,2 v. H. Die Entwicklung der Mannheimer Generalindexziffer kann nachstehender Reihe entnommen werden:

Table with 8 columns: Month (Juli to Okt.), Year (1914 to 1921), Index values (100,0, 1227,8, 1239,7, 1243,6, 1271,9, 1310,3, 1391,8).

Das Kleinhandelspreisniveau in Mannheim steht nach den Berechnungen des städtischen Preisprüfungsamts also annähernd 14mal so hoch wie vor dem Kriege; seit Mai d. J. — dem Beginn der neuen Feuerungsperiode — beträgt die Erhöhung 13,4 v. H. Was die einzelnen Gruppenindexziffern anlangt, so hat seit 1. September d. J. die Gruppe Bekleidung den größten Steigerungssatz — mit 9,1 v. H. — aufzuweisen; insbesondere sind Schuhwaren und Schuhreparaturen im Preise ansehnlich in die Höhe gegangen. Insgesamt steht das Preisniveau in dieser Gruppe heute etwa 12 1/2 mal so hoch wie vor dem Kriege — wie nachstehende Reihe ausweist:

Table with 8 columns: Month (Juli to Okt.), Year (1914 to 1921), Index values (100,0, 1200,3, 1713,1, 1265,6, 1134,6, 1142,2, 1246,0).

Die einbezogenen Nahrungsmittel sind in den letzten vier Wochen im Durchschnitt um 6,9 v. H. teurer geworden. Aufgezogen haben u. a. die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren, Schweinefleisch, Margarine, Öl, Kartoffeln und Eier. Die Gruppenindexziffer für Heizung und Beleuchtung hat in der Zeit vom 1. September bis 1. Oktober d. J. um 4,6 v. H. angezogen. In der Gruppe Wohnung ist es bei den bisherigen Ziffern geblieben; dagegen ist ein leichtes Anziehen der Gruppenindexziffer für Sonstiges zu verzeichnen, da die Bezugspreise für fahrbare Mannheimer Tageszeitungen vom 1. Oktober d. J. ab um etwa 20 v. H. hinaufgesetzt worden sind.

Meliorations-Arbeiten im Kraichbachgebiet.

Von Baurat Kohler-Seibenberg.

Seit Anfang Juli i. J. wird in aller Stille, aber mit um so größerer Emsigkeit an einem Werk gearbeitet, dessen Vorbereitung und Entwurfsaufstellung bis in die Revolutionszeit zurückreicht und seitdem in Bürgerausschüssen, in der Presse und selbst im Landtag heftige Auseinandersetzungen verursacht hat. Es handelt sich um die Regulierung des Krahgraben und des Landgraben, beides künstliche Wasserläufe von rund 14 Kilometer bzw. 11 Kilometer Länge, welche die Straidbachniederung entwässern sollen, insofern fehlerhafter Anlage und mangelhafter Unterhaltung in den letzten Jahrzehnten ihre Aufgabe aber nur schlecht erfüllen, so daß Verumpfung eintrat und z. B. 700 Hektar vorzüglichen Nährbodens der Kultur völlig entzogen sind. In dem Gesamtentwurf der Kulturinspektion Seibenberg stellt die Vertiefung und Gerabelegung dieser beiden Wasserläufe den ersten Abschnitt der Meliorationsarbeiten dar. Ihr hat die Anlage von Einzelgräben zu folgen, die innerhalb jeder der 11 beteiligten Gemarkungen noch auszuführen wären. Als letzte Maßnahme zur Überführung der Niedersläue u. Stümpfe in Ackerland und Süßgraswiesen ist der Umbau und die rein landwirtschaftliche Behandlung ins Auge gefaßt.

Große Schwierigkeiten bot die Zusammenfassung der in drei Amtsbezirke verteilten elf Gemeinden, die nach dem badischen Wasserrecht räumlichpflichtig sind und die nur bei gemeinsamem planmäßigem Vorgehen das Korrektionswerk zur Durchführung bringen könnten. Die Gründung einer Genossenschaft mit Beitrittzwang, zu der das Wassergesetz gute Handhaben bot, scheiterte an dem Widerwillen der bäuerlichen Kreise gegen alles, was an die Zwangswirtschaft auch nur im entferntesten erinnerte, so daß nichts anderes übrig blieb, als es jeder Gemeinde zu überlassen, innerhalb ihrer Gemarkung die Korrektionsarbeiten für sich zur Durchführung zu bringen. Dabei mußte naturgemäß der Entwurf der technischen Staatsbehörde für alle bindend sein und auch die Arbeiten unter der Leitung und nach den einzelnen Angaben der Inspektion erfolgen. Staatsdieners wurde zu dem zu rund 1 1/2 Millionen veranschlagten ersten Unternehmen der Korrektio ein Zuschuß von 50 Prozent, also der Hälfte der Baukosten in Aussicht gestellt und die Beitragssumme auf die einzelnen Gemeinden so verteilt, daß der ihnen selbst verbleibende Bauaufwand im Verhältnis zu dem Nutzen steht, den jede Gemeinde aus dem Unternehmen ziehen kann.

Auf dieser Grundlage wurde am 31. Mai d. J. in Dingolsheim zwischen den Staats- und Gemeindebehörden eine völlige Übereinstimmung erzielt, und Anfang Juli mit der Ausführung der Korrektio auf Gemarkung Reilingen begonnen. Infolge der völligen Freiheit der Gemeinden in der Art der Durchführung der Regulierungsarbeiten ergaben sich die verschiedenartigsten Methoden. Eine Übergab die ganze Arbeit einem Gesamtunternehmer unter der Bedingung, daß nur ortsanfällige Bürger als Arbeiter verwendet werden dürfen, in

anderen Gemeinden wiederum vereinigten sich Gruppen von je 40 bis 90 Mann, die die ganze Arbeit zu einem festen Satz übernahmen, wofür der Anschlag der Inspektion einen Anhalt bot, in einer Gemeinde wurden die Gräben in kleine Lose abgeteilt, deren Ausführung Landwirte der Gemeinde auf dem Steigerungswege übernahmen, bei zwei Gemeinden endlich geschah die Ausführung in Gemeinbereie, wobei Gemeinräte die örtliche Aufsicht führten. Von den rund 400 bis 500 Arbeitskräften, die gleichzeitig tätig waren, bestand der größte Teil aus ortsanfälligen Landwirten, außerdem wurden 45 Strafgefangene der Anstalt Plisau auf der Gemarkung Not in geschlossenem Arbeitsstrupp verwendet.

Dank dem tüchtigen Zugreifen aller Beteiligten und der außerordentlich günstigen Witterung ist das Unternehmen heute schon bereits soweit gediehen, daß die Regulierung bei Fortdauer der warmen und trockenen Witterung in einigen Wochen durchgeführt sein wird. Das Unternehmen hat auch eine günstige Nebenwirkung erzeugt. Die Pumpwerke zur Wasserhaltung haben während der Trockenperiode das Wasser aus den Entwässerungsgräben auf die Wiesflächen gehoben und auf den Gemarkungen Reilingen und Not eine künstliche Bewässerung geschaffen, wodurch der Graswuchs wesentlich gefördert wurde.

Rechnet man auf kultivierten Wiesen mit einem Naturalertrag von 70 Zentner Heu und Krummet und mit einem Durchschnittspreis von beiläufig nur 40 M. für den Zentner, so können auf den 700 Hektar 700 x 70 x 40 = 2 Millionen Mark in einem Jahre herausgewirtschaftet werden, also mehr als die ganze Regulierung an Bauaufwand erfordern wird. Zudem sind die Gelbauwendungen fast ausschließlich wieder den beteiligten Gemeinbürgern zugute gekommen, die die Arbeiten übernommen haben. Ein schönes Beispiel, wie durch reine Umwälzung von Kapital produktive Arbeit geschaffen werden kann.

Die künftige Zuckerversorgung

Man schreibt uns:

Die Öffentlichkeit hat die verschiedenen Nachrichten über die bevorstehende neue Verbrauchsregelung des Zuckers mit großem Interesse verfolgt. Widerspruchswolle, zum Teil den Tatsachen voraussetzende Meldungen haben nicht dazu beigetragen, die für den Handel wie für den Verbrauch gleich wichtige Angelegenheit zu klären. Es erscheint deshalb angebracht, kurz zusammenzufassen, was nach dem heutigen Stand der Dinge über die künftige Gestaltung der Zuckerversorgung gesagt werden kann.

Am 16. September ist die Aufhebung der Zuckerverkaufswirtschaft erfolgt. Sie war von der Reichsregierung beschlossen worden, nachdem die maßgebenden Faktoren, der Volkswirtschaftliche Ausschuh des Reichstages und der Ernährungsausschuh im Reichswirtschaftsrat, der Freigabe der Zuckerverkaufswirtschaft grundsätzlich zugestimmt hatten. Bemerkenswert ist, daß auch die sozialdemokratischen Konsumvereine in der Tagung vom 23. Juni in Baden-Baden den freien Handel in Zucker beifürwortet haben. Die Freigabe erstreckt sich auf den gesamten Zucker neuer Ernte. Für den Zucker alter Ernte gelten die bisherigen Bestimmungen vorerst weiter, soweit die Kommunalverbände in Frage kommen. Es bleibt diesen also die Möglichkeit, die noch vorhandenen Zuckervorräte auf Karten abzugeben. Ungefähr um die Mitte Oktober wird dann der Zucker neuer Ernte zum ersten Male auf dem Markt erscheinen. Vorher dürfte der diesjährige Zucker kaum in den Handel kommen, da durch die Trockenheit des Sommers sich die Einbringung der Rübenernte etwas verzögert hat.

Aber das Ergebnis der diesjährigen Zuckerernte läßt sich etwas Abschließendes noch nicht sagen. Allzuhoch gestimmte Erwartungen dürfen jedenfalls nicht gehegt werden; man wird vor allem berücksichtigen müssen, daß die lange Trockenheit die zu erwartende Menge ungunstig beeinflusst hat. Die Zuckerernte im vorigen Jahr betrug etwa 20 Millionen Doppelzentner. Schätzungsweise wird sich die neue Ernte auf etwa 22 bis 25 Millionen Doppelzentner belaufen, wobei zu bemerken ist, daß sich der Rohzucker zum Verbrauchszucker wie 10 zu 9 verhält, d. h. 10 Teile Rohzucker ergeben 9 Teile Verbrauchszucker. Im ganzen wird wohl mit einer Mittel-ernte zu rechnen sein; eine Zuckernappheit ist jedenfalls nicht zu befürchten.

Auch die Befürchtungen, daß der freie Handel die Zuckerpreise plötzlich ganz erheblich in die Höhe schnellen lassen wird, sind wohl kaum begründet. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit der Freigabe von Lebensmitteln ist allerdings anzunehmen, daß die unmittelbare Folge der Freigabe eine Steigerung der Preise sein wird, ohne daß jedoch die bisher im Schleichhandel gezahlten Preise auch nur annähernd erreicht würden. Man glaubt an unterrichteter Stelle, daß der künftige Zuckerpreis im freien Handel ungefähr 5 M. für das Pfund betragen wird. In jedem Fall wird der voraussichtliche Kleinhandelspreis für Zucker beeinflusst werden durch die in Aussicht stehende Erhöhung der Kohlenpreise und die geplante Zuckersteuer, auch die Löhnerhöhungen.

Die kürzlich in der Öffentlichkeit aufgetauchte Behauptung, daß der inländische Zucker neuer Ernte teurer sein werde, als ausländischer Zucker — eine Frage, die schon deshalb indiskutabel ist, weil die Einfuhr ausländischen Zuckers zunächst verboten bleibt —, ist vorderhand zu verneinen. Der Preis für Inlandszucker vorjähriger Ernte beträgt gegenwärtig etwa 680 M. für den Doppelzentner ab Fabrik. Der neue Zuckerpreis wird sich auf 700 M. stellen. Der Preis für Auslandszucker ab Hamburg beläuft sich auf rund 900 M. für den Doppelzentner. Hierbei handelt es sich allerdings um fiktive

Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der 1. Mannheimer Jugendheim-Geld-Lotterie.

Reise, die nur für Transitverkäufe maßgebend sind, da, wie gesagt, ausländischer Zuder nicht nach Deutschland hineingelassen wird. Bei einem weiteren Sinken der deutschen Saluta wird der Auslandszucker erheblich teurer sein als die inländische Ware; nur bei einem etwaigen Steigen der Marktwerte würde sich die Preispannung verringern.

## Politische Neuigkeiten. Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens.

Amlich wird gemeldet: Die Minister Rathenau und Loucheur haben heute in Wiesbaden, von ihren Regierungen bevollmächtigt, das Abkommen über die deutschen Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag.

In dem Hauptabkommen befinden sich die beiden Regierungen den Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung von Einrichtungs- und Betriebsgegenständen und von Baustoffen in möglichst großem Umfang zu bewirken. Die Durchführung der Lieferungen soll auf beiden Seiten durch private rechtliche Organisationen erfolgen. Die Lieferungen der deutschen Organisationen neben den Lieferungen des Reiches aus Anlage 3 (Schiffe), Anlage 5 (Kohlen- und Kohlenprodukte) und Anlage 6 (Bau- und chemische Produkte) zu Teil 8 des Friedensvertrages. Zu den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als diese mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der Gesamtwert der Leistungen und Lieferungen auf Grund des Abkommens soll bis zum 1. Mai 1923 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Die Lieferungen sollen erfolgen durch unmittelbare freie Vereinbarungen der deutschen und französischen Organisationen. Die Zahlungen an die deutsche Lieferungsorganisationen geschieht durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Lieferungen auf das Reparationskonto gutgeschrieben.

## Der Durchbruch der Vernunft in England.

In seiner Rede in Inverness erklärte Lloyd George der „Westminster Gazette“ zufolge u. a.: Wenn wir auf die Washingtoner Konferenz gehen, so wird dies ein Ereignis sein, das die Geschichte für Jahrhunderte berühren wird. Der Premierminister sagte außerdem, die Regierung werde auf die irische Konferenz in London mit der Inverness-Formel gehen; die Konferenz könne nur Erfolg haben, wenn man sich entschließt, auf den gesunden Menschenverstand der verschiebenen Völker zu vertrauen und nicht verjuche, Extremisten miteinander zu verfühnen. Lloyd George erklärte außerdem, die heutige Arbeitslosigkeit sei nicht eine gewöhnliche Handelsdepression, sondern sie sei auf die anormalen Verhältnisse und zerrüttenden Folgen des Weltkrieges zurückzuführen. Sie sei ein Weltproblem; man könne kein Geschäft betreiben, wenn die Schwankungen des Weltmarktes fortdauern, es wäre daselbe, auch wenn man verjuche, bei bewegter See auf einem Ozeandampfer Billard zu spielen. Des ferneren sagte Lloyd George, der Kredit Englands sei unendlich höher als der irgend eines anderen am Kriege beteiligten Landes in Europa; er sei zuversichtlich, daß die Lage stabilisiert werde, wenn die Nationen einsehen, daß gute Besprechungen mit den Nachbarn heute wesentlich sind für die allgemeine nationale Wohlfahrt.

Das Norddeutsche „Evening News“ schreibt unter der Überschrift „Die Notwendigkeit einer Abänderung des Friedensvertrages von Versailles“, der Schlüssel der Rede Lloyd Georges in Inverness sei der Satz gewesen, in dem der Premierminister erklärte, man könne die Lage in England nicht stabilisieren, bevor nicht sowohl die Finanzen, als auch die auswärtige Politik stabilisiert werde. Darin liegt das augenblickliche Problem und es sei am besten, man trete diesem Problem offen gegenüber, um dadurch zum Bekenntnis zu kommen, daß nur durch ein internationales Zusammenwirken die Lage in der Welt wieder in Ordnung gebracht werden könne. Die Nationen müßten ihre Kriegsschulden ausgleichen und die Alliierten müßten erwägen, wie Deutschland am besten die Entschädi-

gungen ohne Schaden für die Länder, denen sie geschuldet werden, bezahlen könne. Deutschland hätte bisher durch Bezahlung in Kohlen in den Ländern, die die Kohlen exportierten, Arbeitslosigkeit geschaffen. Durch die deutschen Schiffe seien in England Tausende von der Schiffindustrie abhängende Arbeiter auf die Straße geworfen worden. „Evening News“ zufolge, werde es besser sein, selbst den Vertrag abzuändern, wenn England dadurch eine wirkliche Reparation erhalte. Auf der anderen Seite werde ein weiteres Niederdrücken der ausländischen Währungen, um innerhalb des Vertrages zu bleiben, für einen vernünftigen Fehler gehalten.

Der englische Finanzmann George Paish erklärte in einer Rede über den Außenhandel und die Erwerbslosigkeit, die Hungersnot in England werde den Bolschewismus bedeuten. In Frankreich, wo eine Hungersnot drohe, werde sie die Revolution bedeuten. Es sei für Deutschland unmöglich, die Waren, die es brauche, mit einer verminderten Erzeugung zu kaufen, um die Reparationen, die man von ihm fordere, zu leisten, und zugleich den Wert der Mark hoch zu halten. Das augenblickliche Wiederanleben des Handels sei nur zeitweiliger Art. Unter diesen Umständen müsse man zuerst Europa auffordern, seine Produktionskraft wieder herzustellen und durch die notwendigen Kredite den Handel wieder in Gang zu setzen. Durch die Schaffung von Passiven unter den gegenwärtigen Verhältnissen vermindere man das eigene Volk. Es habe den Anschein, als ob die Staatsmänner der Welt wahnsinnig geworden seien.

„Evening News“ schreibt in einem Leitartikel, augenblicklich sei in England eine Bewegung im Gange, Deutschland seine Schulden zu erlassen. Das Volk warnt vor dieser „Epidemie“. Laut „Daily Mail“ wächse auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans die Überzeugung, daß die gegenwärtigen Schulden die wirtschaftliche und politische Lage verwirren und daß daher eine Zusammenkunft der Schuldner- und Gläubigerorganisationen notwendig sei. Es verlautet, daß die amerikanische Regierung für eine Erörterung dieser Art sein würde, vorausgesetzt, daß sie nicht mit der Abrüstungskonferenz zusammenfällt und erst nach dieser Konferenz stattfindet. Die amerikanische Regierung stellt die Bedingung in Abrede, daß sie bei der englischen Regierung auf der sofortigen Bezahlung des den Vereinigten Staaten geschuldeten Betrages dringe. Gerade das Gegenteil sei der Fall.

„Manchester Guardian“ fordert in einem Leitartikel eine neue Regelung der internationalen Schulden als Mittel gegen die drohende Erwerbslosigkeit. Chrill sagte, daß es zum Vorteil Englands sein werde, wenn es einen größeren Teil der von Deutschland geschuldeten Rechnung nicht eintriede. Sogar in Frankreich dümmere endlich die Überzeugung, daß die Wohlfahrt in Frankreich in großem Maße von einer Art industrieller Gemeinschaft mit Deutschland abhängt und daß sie bestimmt vernichtet werde, wenn man verjuche, das Unmögliche von Deutschland zu erzwingen. Aus einer Stabilisierung der deutschen Finanzen würde England mehr gewinnen, als es je aus den Reparationen erhält.

## Reparation und Weltwirtschaft.

Die Kommission der amerikanischen Handelskammer, die den Kontinent bereiste, um den Einfluß der europäischen Probleme auf die amerikanische Wirtschaft zu studieren, vollendete soeben ihren Bericht.

Der Bericht betont die Unmöglichkeit einer isolierten Stellung für Amerika und behauptet die Reparationsfrage als Hauptpunkt, weil Amerika an dieser Frage stark interessiert sei. Er stellt den besten Willen der jetzigen Berliner Regierung, ihren Verpflichtungen nachzukommen fest und hält eine gemeinsame Front Americas und der Alliierten für notwendig, um die Absichten der deutschen Reaktion niederzuschlagen. Aber die Möglichkeit, die festgesetzten Summen zu bezahlen, gibt die Kommission kein Urteil ab, aber sie übt Kritik an der Finanztechnik der Reparationskommission. Eine Aktion der alliierten Regierungen zur Finanzierung der Reparation erklärt der Bericht für unmöglich, er schlägt jedoch ein Eingreifen von privater Seite vor. Die Kommission glaubt, daß eine Organisation, in der die finanziellen und geschäftlichen Interessen der führenden Länder vertreten sind, gebildet werden sollte. Diese Organisation sollte mit der Reparationskommission zusammenarbeiten, um die Frage der Finanzierung der Reparationsbonds und andere Probleme der nächsten zehn Jahre zu lösen. Der Bericht empfiehlt die Fortdauer der amerikanischen Öff-

nung, da ihr Einfluß mächtig wirke. Er betont, daß Deutschland Frankreich eine Garantie für seine Sicherheit geben wolle, aber selbst hierzu unferstande sei. Deutschland hoffe deshalb auf die Mitwirkung anderer Länder. Der Bericht, den die „Times“ nur auszugsweise wiedergibt, schließt mit der Feststellung, daß Amerika seine Mitwirkung bei der Lösung der schwierigen Probleme nicht verjagen dürfe, und fügt hinzu, daß Präsident Harding die Washingtoner Konferenz sicherlich im Bewußtsein finanzieller und wirtschaftlicher Verantwortlichkeit einberief. Diese für die amerikanische Geschäftswelt gewichtige Stimme dürfte in England mit großer Verachtung aufgenommen werden.

Lloyd Georges Rede in Inverness hat, so dröhert der Londoner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“, erneut die große Bedeutung der Washingtoner Konferenz betont. Indem Lloyd George den besten britischen Willen, zum Gelingen der Konferenz beizutragen, versicherte, unterstrich er, wenn auch vorläufiger als Churchill bezüglich Americas, gleichwohl auf die schärfste die Notwendigkeit einer internationalen Aktion zur Stabilisierung der Weltwährungen und die Notwendigkeit einer friedlichen Kooperation. Dabei sind die britischen Bedingungen beachtenswert: 1. Die Reduzierung des Notenbruders auf ein vernünftiges Maß, 2. ein vollständiger Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich. Als günstiger Umstand wird hier gewertet, daß nach Pariser Berichten das französische Interesse am Gelingen der Washingtoner Konferenz ebenso wach ist wie das Bestreben, einen deutsch-französischen Ausgleich zustande zu bringen.

## Zur Regierungsbildung in Preußen.

Wie die „R. P. N.“ hören, stellt die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags folgende Forderungen für das Regierungsprogramm einer Koalitionsregierung: 1. Anerkennung und Verteidigung der Republik; 2. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinde; 3. Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizei; 4. Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung; 5. Förderung einer grundlegenden Justizreform; 6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes; 7. Schärfe der Heranziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushaltes. Außerdem sollen, wie die „R. P. N.“ hören, Demokraten und Zentrum die Frage der Kronenabfindung und ihre endgültige Regelung zur Sprache bringen wollen bei den gemeinsamen Besprechungen über das neue Regierungsprogramm.

## Die Schlußsitzung der Völkerbundsversammlung.

Die zweite Tagung der Völkerbundsversammlung nahm am Dienstag um 6 Uhr ihr Ende, nachdem sie genau einen Monat getagt und neben zahlreichen Kommissionsitzungen 33 Vollsitzungen abgehalten hatte. Der Präsident der Versammlung, Jongherdt Dr. van Karnebeek, holländischer Minister des Äußeren, hielt unter lautloser Stille des vollbesetzten Hauses in französischer Sprache die Schlußrede. Er nahm in bewegten Worten Abschied von der geliebten Heimat, ihrer Regierung und der Stadt Genf, von den Mitgliedern der Versammlung und des Sekretariats, deren fruchtbarer Arbeit er feierte, und von den Vertretern der Presse, denen er besonders herzliche Worte widmete. In großen Zügen entwarf er sodann ein Bild der vollbrachten Arbeit. Denn die Abschiedsrede, so sagte er, sei auch die Stunde der Gewissensprüfung, der Verantwortlichkeit vor den Regierungen und vor den Vätern. Zweifellos werden jene enttäuscht sein, die ein Wunder erwarteten, aber die besten Absichten müßten sich stets vor der Wirklichkeit beugen und vor den Hindernissen, die die Völker selbst schaffen. Nichts desto weniger müsse zugegeben werden, daß der Gedanke der internationalen Vereinigung und Zusammenarbeit, gleichviel wie seine gegenwärtige konkrete Form sei, ein endgültiges Gut der Menschheit geworden, daß der Völkerbundsgedanke konstant und daß fruchtbar Arbeit geleistet worden sei. Unter den Ergebnissen der diesjährigen Tagungen zählte der Präsident die Maßnahmen zur Bekämpfung des Opiumgenusses, des Rauschens und Wucherhandels und die Verfassungsbearbeitung der ersten Kommission auf, die oft bedeutsame politische Fragen berührten. Außerdem hat der Völkerbund die Zahl seiner Mitglieder vermehrt und die Tore für die offen gehalten, die zu gegebener Stunde sich ihm

## Deutsche Plastik des Mittelalters.

Ausstellung in der Badischen Kunsthalle.

Wenn man in diesen Tagen durch die Straßen der Stadt Karlsruhe geht, wird der Blick tiefsten Apollotopf darstellt. Schon dieses in Holz geschnittene Bild müßte den Eintritt jedes Vorübergehenden für einen Augenblick zurückhalten; ein in den Straßen ungewohnter Ernst und eine ungewohnte Eindringlichkeit spricht aus ihm. Es ist wahrlich das beste Symbol für die gegenwärtige Ausstellung der badischen Kunsthalle „Deutsche Plastik des Mittelalters“, auf die es hinweist. Um es von vornherein zu sagen: Man kann der Kunsthalle für diese Veranstaltung nicht dankbar genug sein, denn sie erschließt ein bisher nur dem engen Kreis der Kunstgelehrten bekanntes Gebiet deutscher Kunst dem Genuß und dem Studium weitester Kreise. Ähnlich wie die altdeutsche Malerei noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit ein verschwiegenes Dasein führen mußte — heute hat man erkannt, daß sie zum wertvollsten Kunstbesitz des Volkes zählt —, war die mittelalterliche Plastik einer fast völligen Vergessenheit anheimgefallen. Man kennt die Dome und Münster, aber besser man vermeint sie zu kennen — über die Plastik ihrer Fassaden, ihrer Portale, ihrer Kapellen, ihrer Altäre eilt jedoch der flüchtige Blick meist hinweg und ihre Einzelheiten versinken in der Sinfonie des Ganzen. Es hat wahrlich an der Pflege dieser alten Kunst, die in dem Feuer der mittelalterlichen Inbrunst hervorgegangen ist, gefehlt in den Schulen, in den Museen und auch in den Kreisen der meisten Kunstfreunde. Heute noch gehen fast alle hind an diesen Werken vorüber.

Die Ausstellung der Kunsthalle, ein neuer Beweis für die Fruchtbringende und erzieherisch in weitestem Sinne so notwendige Ausstellungstätigkeit Dr. S t o r d s, bedeutet einen ersten Schritt in der Erschließung dieser künstlerisch ganz unerhörten Denkmale deutscher Plastik. Durch die Konsequenz und Eindringlichkeit ihrer Anordnung führt sie sogleich mitten in diese Kunst hinein. Dem Besucher weht der Geist dieser innerlich gewaltigen Vergangenheit entgegen und wird ihm zum unmittelbaren Erlebnis; der bildende Künstler aber müßte schier vom Schlag gerührt werden wenn ihm die formale und geistige Spannkraft, die Geschlossenheit, zugleich der Sinn und die Frucht dieser Werke vor Augen steht.

Die erste geschlossene Abteilung ist der Plastik des Freiburger Münsters gewidmet. Mustergültige Gipsabgüsse, von der Freiburger Münsterbauhütte zu Restaurierungsarbeiten vor Jahren schon angefertigt, ergänzt durch Photographien, sind das Material. Durch diese Ausstellung werden sie zum ersten Mal ans Licht gezogen. Die Originale des Bauwerkes selbst sind infolge ihrer meist hohen Standorte, die übrigens

jeweils durch Photographien bezaubert werden, zum größeren Teil schwer sichtbar oder verschwinden gleichsam in der Realität des Münsters. Die Isolierung in der Ausstellung läßt ihre eigentlichen plastischen Eigenschaften zur Wirkung kommen. Zugleich erscheint das geistige Wesen dieser Kunstwerke durch die Ablösung vom Bauwerk dem Betrachter näher gerückt. So zeugen die vier vor Säulen aufgestellten Apostel von dem Asketenideal des hohen Mittelalters, von der Frucht, dem unbedingten Ernst und der ergebensten Befolgung der christlichen Weisheit, die Grafenfiguren von ihrer Weltferne, die Wasserträger von der Abtasthaftigkeit, die durch die liturgisch und symbolisch bestimmte Kunst dieser handwerklich organisierten Bildner hindurchzieht. Im Mittelpunkt steht das Meisterwerk des heiligen Grabes, dessen rhythmisch ausgenommene Gestalten den Blick des Eintretenden sogleich fesseln. Hier kann das Wesen dieser hochmittelalterlichen Kunst besser klar werden, der über das Stoffliche hinweg die unter sich verletzten Bewegungen und Gegenbewegungen der Engel und heiligen Frauen erkennt; wenn je bei bildnerischen Werken von mystischer Geist gesprochen werden kann, so vermittels diese Figuren, die über der feierlichen Starre des Leidens Christi aufsteigen, den Eindruck eines wahrhaftigen Grabes gefangen.

Die zweite Abteilung bringt einen Überblick über die ober- und mitteldeutsche Plastik des 14., 15. und beginnenden 16. Jahrhunderts. Wieder nur Stichproben, aber gerade durch die Auswahl ausgezeichnete und besonders typischer Werke von imponierender Eindringlichkeit. Wieder wird man gestehen müssen, daß diese Werke, die zum großen Teil sich heute noch auf den Altären der Kirchen befinden, der Gegenwart so gut wie verloren waren, so daß auch hier die Zusammenstellung und Anordnung ein Erlebnis bedeutet. Zugleich eine Übersicht, weil ein unbekannter Reichtum heimatischer Kunstwerke erschichtlich wird. Hier ist das Material vor allem in einigen vorzüglichen Originalen sowie mit Hilfe von photographischen Vergrößerungen (meist nach Aufnahmen von W. Matt) zur Anschauung gebracht. Die Originale stammen teils aus dem Freiburger Diözesanmuseum, teils aus den Kirchen selbst, teils aus Privatsammlungen und es ist besonders erfreulich zu hören, daß alle, das Erz. Ordinariat Freiburg an der Spitze, in autochthoner und verständnisvoller Weise die wertvollen Schätze der Kunsthalle anvertraut haben. Die Vergrößerungen, die in den meisten Fällen Details herausarbeiten, vermitteln das Verständnis in besonders ausgezeichneter Weise, weil bei der photographischen Aufnahme der Bild des Betrachters auf natürlichem Wege geleitet und gemalt wird, während vor dem Original der Standpunkt erst gefunden werden muß, und Momente, die außerhalb des Kunstwerkes liegen, wie die Beleuchtung oder Beschattung entschei-

dend mitsprechen. Das Nebeneinander von Photographie und Original wirkt somit zugleich erzieherisch in bezug auf die Betrachtung der Werke plastischer Kunst.

Der erste Saal dieser Abteilung bringt die elfassische Plastik von Nikolaus Gerhard von Lehdon, dem Meister des berühmten Baden-Badener Krugziegels, bis zum Meister des Jfenheimer Hochaltars zur Darstellung. Die breite Monumentalität der elfassischen Plastik, die sich in einer besonders baufähigen Wiedergabe des Faltenwurfes niederschlägt, wird repräsentiert durch ein ausgezeichnetes, große Madonna aus der Kirche von Kippenheim, die psychologisch scharfe Durcharbeitung des Jfenheimer Meisters durch eine bisher unbekannte Antoniusbüste, ein Melchior, dessen Kopf mit den Aufnahmen vom Jfenheimer Altar verglichen werden kann; ein solcher Vergleich mag gleichzeitig den kunstfreundlichen Vätern in die Methode der kunstgeschichtlichen Arbeit einführen. Um weniger früher wie der Jfenheimer Meister arbeitete der Meister des Lautenbacher Hochaltars, einer der wichtigsten Bildhauer jener Epoche unserer engeren Heimat, dessen Werke sich heute noch in Lautenbach i. Nentstal, Schuttern, Honau, Altsimonswald befinden. Auch er steht in enger Beziehung zu den elfassischen Werkstätten. In der Grenze zwischen Baden und dem Elsaß sind dann die Werke eines Meisters entstanden, dessen Ausdrucksweise geradezu etwas Berauschendes, feurig Glühendes innewohnt. Die Gewänder flattern stürmisch auf, die Gebärden werden heftig, die Gesichtszüge fast wild bei den männlichen, verzierte bei den weiblichen Figuren. Man spürt die Nähe Grünemalbs und Hans Waldung-Oriens. Es ist der Meister des Reichsacher Hochaltars, unbekannt am Namen, aus dessen Werkstatt eine Reihe von Werken nachzuweisen ist; er kann als der Endpunkt der Gotik bezeichnet werden, obwohl er im Gewand der Renaissance erscheint, und berührt zugleich die spätere Entwicklung vom Barock. Neben dem Reichsacher Altar steht vor allem das noch fast quellende Werk zu Niederrötenwil am Kaiserstuhl, der Mutter Anna-Altar in Freiburg, die Figuren in Reute. Zum ersten Mal sind in dieser Ausstellung Reproduktionen nach fast allen Werken dieses Meisters vereinigt.

Mit den frühen Werken des 14. Jahrhunderts wird dann die Verbindung mit der Freiburger Münsterhütte hergestellt. Als wahres Meind erscheint unter ihnen das heilige Grab des Konstanzer Münsters, dessen Skulpturenreichtum zum schönsten deutschen Plastik jener Epoche gehört. Wie für die altdeutsche Malerei so ist auch für die gleichzeitige deutsche Plastik das Gebiet des Bodensees und Oberrheins besonders fruchtbar und für die Entwicklung entscheidend gewesen. Als Proben dieser Bodenplastik dienen hier die wundervoll garten und in ihrer formalen Gebundenheit ausdrucks-

anschießen und das Haus der Wölfer verbollständigt werden. Auch in der Rüstungsfrage will Herr von Karnebeck Fortschritte verzeichnen können. Er will ihre Bedeutung allerdings nicht übertrieben, denn der Weg sei lang und das Problem verwickelt. Über die dokumentarischen und statistischen Arbeiten, die geleistet wurden, die Anregungen für Kontrolle des Waffenhandels, die Einforderung formeller Vorschläge von der Präsident, den Willen zur am liebsten Pflichterfüllung im Rahmen des Möglichen, in einer noch unruhigen Welt u. in einem noch nicht universalen Wölferbund. Endlich sei die Errichtung des internationalen Gerichtshofes zu erwähnen. Während die Verammlung ihre Arbeiten abschließt, sagt der Wölferbundsrat weiter.

Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses fügte Herr von Karnebeck hier hinzu: „Und wissen wir nicht, daß in der obersten Frage die Arbeiten der vier Staatsmitglieder, denen die Vorprüfung dieses wichtigen Problems anvertraut wurde, sich auf gutem Wege befinden, auf so gutem Wege, daß man voraussehen darf, daß in kurzer Zeit der Rat die Lösung, die er empfiehlt, mitteilen kann?“ Zum Schluß betonte Herr von Karnebeck, daß das wesentliche Ergebnis aber der Geist sei, der die Arbeiten beherrschte, die Impponderabilität, die den wachsenden Glauben in die Zukunft des Wölferbundes recht fertigen. Diese Volkstugend möge der treue Gefährte des Wölferbundes, die Presse, in die Welt hinaustragen. — Die Verammlung die wiederholt die Rede mit Beifallstimmungen unterbrochen hatte, brach in ein minutenlanges Gähnen aus. Die Delegierten im Saal und die Besucher auf den Tribünen erhoben sich von ihrem Sitzen und bereiteten Herrn von Karnebeck stürmische Ovationen. Hierauf erklärte der Präsident die zweite Tagung der Wölferbundsversammlung für geschlossen.

### Kurze polit. Nachrichten.

\* Die Entente und Deutschland. Der Vertreter Englands beim Wölferbund, Fisher, hat dem Redakteur des „Times“, Herrn Gerbette in Genf Mitteilungen über seine Auffassung von den französisch-englischen Beziehungen gemacht. Er erklärte u. a., die englisch-französische Entente sei aus drei Gründen noch wie vor unerlässlich: 1. damit in Europa der Frieden aufrechterhalten werde; 2. damit Deutschland die demokratische Entwicklung erleichtert werde und 3. damit im Falle einer neuen Konfliktlage die vitalen Interessen Englands, Frankreichs und Italiens sichergestellt seien; denn, fügte er hinzu, die fortschreitende Entwicklung der Wissenschaft lasse schon jetzt erkennen, daß ein neuer Krieg, wenn es dazu kommen sollte, England nicht minder unmittelbar und furchtbar bedrohen würde, wie Frankreich. Das gemeinsame Interesse Frankreichs und Englands liege in der Entwicklung Deutschlands zum Pazifismus, und um diese Entwicklung zu unterstützen, müßten die nächsten 15 Jahre ausgenutzt werden, in denen ein neuer Angriff unwahrscheinlich sei.

\* Steuerverträge gegen die Rappisten. Der Oberreichsanwalt erläßt Steuerverträge gegen den Generaldirektor der Rapp aus Königsberg, den Major a. D. Babst, den Oberst a. D. Bauer, den Arzt und Volkswirtschaftler K. W. Schiele aus Rannenburg a. d. S., den Schriftsteller Carl Schnitzer, den Schriftsteller Trebitz-Nicolaus, den General der Infanterie a. D. Freiherr von Lützow und den Korvettenkapitän Ehrhardt. Die Reichsregierung hat eine Befehlszahl bis zu 50 000 M. für den Auslieferung der Sachverhalte oder zur Ergreifung eines der gesuchten Angeklagten befreit.

\* Im Prozeß gegen die 22 Ruffen, die im August verhaftet, in Witten eine Mätereipublik zu errichten und die wegen des Unternehmens, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern (Vergehen gegen §§ 81 und 82 des RStGB) angeklagt waren, wurde am Mittwoch nachmittags das Urteil gefällt. Es erhielten die Angeklagten Berg und Boas je 8 Jahre, Ritter 5 Jahre, Pauli und Kohl je 4 Jahre Zuchthaus, die übrigen Angeklagten wurden bis zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt, mit Ausnahme des Angeklagten Könnike, der wegen räuberischer Erpressung und verurteilter Mordtötung 5 Jahre Gefängnis erhielt; 6 Angeklagte wurden freigesprochen.

reichen Figuren aus Erisirch. Den Höhepunkt bedeutet das Wespertbild aus Radolfzell, unnahbar und trotzig zugleich, dessen vereinfachte Formen die Verunsicherung in fester Weise zum Ausdruck bringt. Dieser Saal enthält eine Reihe von Originalwerken, die zum schönsten mittelalterlichen deutschen Plastik überhaupt gehören: eine hoch aufragende Bischofsfigur, zwei Heiligenfiguren aus Hochdorf, Fortsetzungen des Freiburgs Stiles, eine frühe Pieta, eine Madonna aus der Werkstatt des Hans Multscher; dieses kleine Werk, ein wahres Symbol der mittelalterlichen Plastik, um eindrucksvoller Weise das Wesen der mittelalterlichen Plastik zu enthüllen, weil auch die ursprüngliche Polychromie nahezu einzigartig wohl erhalten ist. Die Anordnung dieses Saales beweist wiederum, daß die einzelnen Plastiken in ihrer Wirkung durch die Bilder gesteigert werden, während einer bildlosen Aufreihung von Figuren immer etwas Fragmentarisches und Unnatürliches anhaftet. Gerade in diesem Zusammenhang sei auf eine neue wunderbare Monumentskulptur aus Freiburg hingewiesen, die vor kurzem im Grünewaldsaal aufgestellt worden ist. Auch hier beweist das organische Zusammenhängen der Figur mit den Gemälden überzeugend die Notwendigkeit der Vereinigung von altdeutscher Skulptur und Malerei auch im Museum.

Das Bild der oberheimschen Plastik wird ergänzt durch die Abteilung im zweiten Obergeschoß, in der an Hand des Materialen der Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst (zusammengestellt von Grolmann) einzelne führende Meister der spätgotischen Plastik darzustellen werden. Auch diese Zusammenstellung — übrigens eine Wanderausstellung — ist überaus dankenswert. Verschiedene Meister wie Veit, Eloh, Adam Kraft, Hans Seyfer, Hans Radoffen, Tilman Riemenschneider sind in größeren Gruppen repräsentiert, wobei es besonders wertvoll ist, zu erkennen, wie der Stil jedes einzelnen Meisters innerhalb der auf den ersten Blick scheinbar einformigen Ausdrucksweise der deutschen Spätgotik individuelle Ausprägung gewinnt. Diese Erkenntnis der individuellen Spielarten innerhalb der allgemein gültigen Ausdrucksweise der Zeit, die sich im Meisterwerk wie in der verbindlichen Handwerkerarbeit gleichartig oder zum mindesten eng verwandt ausdrückt, besitzt gerade für die Gegenwart, in der ein Drang zur Überwindung eines allzu schrankenlosen Individualismus allenthalben beobachtet werden kann, prinzipielle Bedeutung.

So vermittelt die Ausstellung der Kunstwerke weit über das rein Kunstgeschichtliche hinaus tiefe Eindrücke bleibender Art: sie enthält die von höchster Natur und Geisteskraft erfüllte Kunst der mittelalterlichen Wölfer Deutschlands — zugleich erweckt sie den mittelalterlichen Geist, den Geist der Einheit, Jede m. der die Augen zu öffnen vermag.

## Badische Webersicht.

### Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, den 6. Oktober.

In der fortgesetzten Beratung über die Wohnabgabe ergreift zunächst Abg. D. Mayer-Karlsruhe (DZL) das Wort. Es sei nicht leicht, sich mit dem Gesetz zu befreunden, das eine schwere Belastung für die städtische und ländliche Bevölkerung bringt. Das Wohnen werde empfindlich verteuert. Man dürfe mit der Abgabe bald an der Grenze des Möglichen sein, ohne von dem Erreichbaren abzulassen. Es handle sich hier um einen Rest von Jugendwirtschaft, und es wäre besser gewesen, beizugehen die private Bautätigkeit mobil zu machen. Wir sehen uns nun einer gebundenen Marschroute gegenüber. Die Wünsche der Handwerker werden wir unterstützen.

Abg. Niederbühl (Dem.) begründet nach einem Hinweis auf die kommende reichsgesetzliche Regelung des Vermögenswertes den an anderer Stelle mitgeteilten Antrag. Man möge bei uns den guten Willen gegenüber dem Handwerk zeigen und im Schoße einer paritätischen Kommission für angemessene Preise sorgen.

Abg. Goerlacher (Ztr.) vertritt gleichfalls die Forderungen der Handwerker bei Vergütung staatlicher Arbeiten. Finde der Antrag bei der Regierung Beachtung, so würden gewiß manche Klagen verschwinden. Der Bauherr dürfe sich nicht mehr als Räuber des Handwerkers fühlen.

Arbeitsminister Dr. Enslin: Wir können in die Arbeitsvergebung seitens der Gemeinden, Genossenschaften und Privatien nicht eingreifen, nachdem ihnen die Verantwortung für die Verwendung der Baukostenzuschüsse zufällt. Wiederholt sind Überforderungen vorgekommen. Die Preise dürfen nicht einseitig diktiert werden. Aber es ist unter den heutigen Verhältnissen ungenügend, den angemessenen Preis festzustellen. Von uns wird nach dieser Richtung das Mögliche geschehen. Es ist nicht gesagt, daß unbedingt der Billigste die Arbeit haben muß. Wir ist keine Behörde bekannt, die nicht auf dem Standpunkt stünde, daß die Handwerker auch etwas verdienen müssen. Die Zahlungsansprüche werden in der Regel eingehalten. Wichtig ist, daß noch einige Abschneidungen ausstehen, doch nicht durch unsere Schuld.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) stellt fest, daß von Seiten der Deutschnationalen im Ausschuß nicht das geringste Bemühen zu werden sei. Im übrigen hätten die Parteien vereinbart, zum Gesetz selbst angesichts der Geschäftslage nichts zu sagen.

Abg. Spengler (Ztr.): Ist überzeugt, daß die vom Handwerk verlangte Kommission segensreich wirken wird.

Abg. Hörter (Soz.) kann sich davon nichts versprechen und lehnt namens seiner Fraktion den Antrag Niederbühl im ersten Teil ab. Mit den Zahlungen dürfe nicht monatelang gewartet werden. Die Klagen über langes Ausbleiben der Abrechnungen sind berechtigt und veranlassen uns, diesem Teil des Antrages zuzustimmen.

Abg. Biereisel (Zent.) macht einige Bemerkungen zur Preisgestaltung und erklärt, daß über die Notwendigkeit angemessener Abschlagszahlungen im Hause wohl kein Zweifel besteht.

Abg. Hoffmann (Dem.) verwendet sich für die Handwerkerforderungen, die auch von Nichtpolitikern unterstützt würden. Die Handwerker müßten dabei geschützt werden, daß Arbeiten zu Preisen vergeben werden, die nicht die Selbstkosten decken. Bei vertrauensvollem Zusammenwirken von Behörde und Handwerk wird sich ein Weg finden für den angemessenen Preis wohl finden lassen.

Ein Regierungsvertreter äußert sich des näheren über die Wohnabgabe. Man würde noch auf Jahre hinaus zu öffentlichen Mitteln greifen müssen. Beim freien Wollen würden die Mieten noch mehr steigen. Die Baukostenzuschüsse kommen frühzeitig zur Auszahlung. Wenn der Bauherr ein scheinbar früherer ist, so kann doch das Arbeitsministerium nichts dafür. Auch wir wünschen mit dem Abg. Hörter, daß die Arbeiten auf das ganze Jahr verteilt werden können. Durch das Gesetz wird es möglich sein, eine große Zahl neuer Wohnungen zu schaffen, doch ist damit die Wohnungsfrage noch nicht gelöst.

Abg. Geurich (Ztr.) schließt sich der Meinung des Abg. Maier-Heidelberg an, daß im neuen Landtag die Wohnabgabe gründlich erörtert werden muß.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht. Abg. Niederbühl tritt im Schlußwort, die Bedenken gegen den angemessenen Preis fallen zu lassen, da er keine Gefahr sehe. Das Handwerk werde nicht ruhen, bis diese Forderung erfüllt sei.

Das Gesetz wird sodann in beiden Lesungen einstimmig angenommen. Der Antrag betr. den angemessenen Preis und die Abschlagszahlungen findet im ersten Teil mit Mehrheit, im zweiten Teile einstimmige Annahme.

Eine weitere Gesetzesvorlage bestimmt, daß die Aufbringung der Mittel für die Förderung des Wohnungsbaues auf dem Wege des staatlichen Kredits zu geschehen habe. Die Tilgung soll auf Grund des vorerwähnten Ausführungsgesetzes erfolgen. Der Berichterstatter, Abg. Sahn (Soz.), betont, daß die zweifelhafte Verbindung der 210 Millionen zur Hebung der Volksgesundheit und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen werde. Es müsse schnell geholfen werden. Dabei dürfe man sich nicht verhehlen, daß die Beseitigung des Wohnungslebens noch weit größere Summen erfordere. Auch diese Vorlage wird nach den Kommissionsbeschlüssen in erster und zweiter Lesung widerstandslos angenommen.

Abg. Dr. Jöhner (Zent.) erklärt Bericht über die Verhandlungen zur Frage der Aufhebung der Stammgüter. Er gibt eine Auslegung des § 66 der Verfassung und stellt den Antrag, die Regierung zu ersuchen, sich auf Grund dieser Auslegung vor der Vorlage eines neuen Ausführungsgesetzes zum § 66 mit den Regierungen der Nachbarstaaten nochmals ins Benehmen zu setzen. Dem Antrag wird zugestimmt.

Justizminister Trunk beantwortet eine Anfrage der Abg. Frau Schloß (Dem.) dahin, daß die badische Regierung für die Zulassung der Frau als Schlichter und Geschworener sei, mit der Einschränkung auf die Hälfte der Weibler. Dieser Standpunkt sei bei den Beratungen im Reichsjustizministerium im März d. J. sowie im Reichsrat vertreten worden und habe mehrfach die Zustimmung anderer Länder gefunden.

Die Hoffnung, daß die Verhandlungen des Landtages heute zu Ende geführt werden können, hat sich bei dem vorhandenen Arbeitspensum als trügerisch erwiesen. Die Weiterberatung wird daher auch morgen vormittag halb 9 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung kurz vor 8 Uhr.

DZ. Karlsruhe, 7. Oktober.

Das Haus traf heute zur 70. und letzten Sitzung zusammen.

Abg. Weismann (Soz.) äußerte sich über die Berliner Verhandlungen zur Ortsklasseneinteilung. Die vom Landtag entsandte Abordnung haben den Vertretern des Reichsstatistischen Amtes und des Reichsfinanzministeriums gegenüber am 26. August die besonderen badischen Verhältnisse geschildert. Von Anfang an habe man mit Beamtenorganisationen verhandelt, um geeignete Vorschläge auszuarbeiten. Im Haushaltsausschuß wurde der Bericht über die Mission

der Abg. Schneider-Heidelberg, Weismann, Heig und Mager eingehend besprochen. Der Vertreter des Finanzministeriums, Ministerialrat Zimmermann teilte dabei mit, daß unsere Darlegungen in Berlin nicht ohne Einfluß geblieben wären. Im neuen Ortsklassenverzeichnis, das allerdings eine vorläufige Arbeit darstellt, seien 413 Gemeinden gehoben worden gleich 20 Prozent gegen 10 Prozent im Notgesetz. Präsident Dr. Delbrück vom Reichsstatistischen Amt habe eine lokale Behandlung Badens zugesichert. Man dürfe nicht verkennen, daß die Einstufungsarbeit eine ungenügende schwierige ist. Der Berichterstatter besprach dann das Verhalten des Abg. Mager, das allgemein Beurteilung fand. Es sei gewiß viel wichtiger, in Berlin die Interessen der badischen Beamten wahrzunehmen, als ins Stadion zu gehen.

Der Ausschuß beantragt, den Bericht des Abg. Weismann zur Kenntnis zu nehmen und die Regierung zu ersuchen, die vorgeschlagene Einteilung mit Nachdruck wie bisher zu vertreten.

Abg. Mager (D.-N.) verteidigt sein Verhalten. Er habe es für einen Abgeordneten für unwürdig gehalten, weiter nichts als gehört zu werden und sei darum weggegangen. Man habe sich unter falschen Voraussetzungen nach Berlin begeben und sei mit leeren Händen zurückgekehrt. (Lebhafte Widerspruch.)

Finanzminister Köhler weist es entschieden zurück, daß der Abg. Mager die badische Regierung als Sündenböckin hinstellt. Wer behauptet, daß bei den Verhandlungen in Berlin nichts herausgekommen sei, wisse nicht Bescheid. Es seien umfangreiche Höflichkeitungen vorgekommen. In den nächsten Tagen wird die Vorlage an den Reichsrat gehen. Es ist gelungen, eine umfangreiche Hebung nach D und C zu erreichen. Diskutiert wird noch über die Einziehung von C nach B und von B nach A, unser Gesandte ist angewiesen, sich sofort mit den zuständigen Reichsstellen über die neuen Wünsche ins Benehmen zu setzen und die Gefahren der Nichterfüllung zu schildern.

Redner erwähnt die badische Beamtenchaft, in ihrem eigenen Interesse, von unüberlegten Schritten abzugehen, im jetzigen Stadium ruhig Blut zu bewahren und der Regierung zu vertrauen, die alles tue, was in ihrer Kraft stehe (Beifall).

Der Antrag des Ausschusses wird einstimmig angenommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm Staatspräsident Trunk das Wort zu einem umfangreichen Gesamtüberblick über das Wesentlichste aus Staatsverwaltung und Landtagsarbeit in der Zeit vom ersten Zusammentreten des verfassunggebenden Landtags bis zur heutigen Schlußsitzung. Wir werden die Rede des Staatspräsidenten morgen im Wortlaut abdrucken.

(Bei Redaktionsabdruck Saurete die Sitzung noch fort.)

### Zu den Landtagswahlen.

\* Keine Sonderlisten des Gemeindebürgervereins. Wie der „Badische Landmann“ in Eitingen hört, hat die Verbandslitung der Gemeindebürgervereine Badens die ursprüngliche Absicht, in Verbindung mit anderen bodenländigen Organisations sich einer wirtschaftlichen Vereinigung anzuschließen und eigene Landtagskandidaten aufzustellen, aufgegeben.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

#### Eisenbahn-Verkehrssperren.

a) In der Zeit vom 8. bis 13. Oktober einschl. ist die Annahme von Frachttütern nach Gagen i. W. Gagen Geseh und Gagen-Oberhagen Ort und Übergang, sowie nach allen Düsselbacher Bahnhöfen verboten. — b) Sperre für Stückgut und Wagenladungen nach Gufum, Bezirk Altona, ist aufgehoben.

Mannheim, 4. Okt. Nach fünfjähriger Gefangenschaft ist der deutsche Kriegsgefangene Golbammer aus Avignon zurückgekehrt. Golbammer hat sich besondere Verdienste dadurch erworben, daß er in Avignon einen Hilfsausschuß für die deutschen Kriegsgefangenen gebildet hat, dem es gelungen ist, die Lage der unglücklichen Deutschen wesentlich zu verbessern. Auch in dem früher berichtigten Lager Cuere sind die Zustände besser geworden. Insgesamt befinden sich noch 63 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft, ferner 7 Angehörige von früher verbündeten Ländern. Golbammer hofft, daß der Rest dieser Unglücklichen begnadigt werden wird.

### Staatsanzeiger.

Die Sitzung des Landeswahlausschusses zur Prüfung der Landeswahlvorschläge und Beschlußfassung über deren Zulassung findet statt am

Samstag den 15. Oktober 1921, vormittags 10 Uhr, im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern in Karlsruhe, Schloßplatz 19, 3. Stock.

Die Sitzung ist öffentlich.  
Karlsruhe, den 4. Oktober 1921.  
Der Landeswahlleiter für die Landtagswahl 1921.  
Dr. Bender. Schmidt

### Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

#### Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Berufen: dem Banklehrling Hermann Kott in Mannheim die badische Rettungsmedaille.

#### Planmäßig angestellt:

Dr. Wilhelm Leyber, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Angersberg.

#### Ernannt:

Anstaltsarzt Dr. Hans Obbel an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch zum Bezirksarzt in Bühl, Verwaltungssachbearbeiter Otto Rothensiller beim Bezirksamt Mannheim zum Verwaltungsoberssekretär.

#### Berufen:

Amtmann Hermann Faust in Karlsruhe an das Bezirksamt Rehl, Amtmann Gustav Meyer in Rehl an das Bezirksamt Mannheim, Amtmann Amadeus Diebold in Mannheim an das Bezirksamt Offenburg.

Kanzleiaffistent Emil Meier beim Ministerium des Innern zum Bezirksamt Karlsruhe.

#### Justizministerium.

##### Wieber angestellt:

Der aus dem Staatsdienst beurlaubte Landgerichtsrat Dr. Otto Frank in Mannheim.

##### Ernannt:

Staatsanwalt Dr. Hermann Fribolin in Karlsruhe zum Gefängnisdirektor daselbst.

Justizinspektor Aug. Freymüller beim Notariat Mannheim I-IV, Gerichtswalter b. Amtsgericht daselbst, Gerichtswalter August Spitzer beim Amtsgericht Mannheim zum Justizinspektor beim Notariat Mannheim I-IV, Kanzleiaffistent

...Schuhmacher zum Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht  
Karlsruhe, Werkführer Ludwig Schmiederer beim Landesge-  
fängnis Freiburg zum Inspektor beim Amtsgefängnis—Holz-  
arkt in Freiburg.

**Verfetzt:**  
Landgerichtsrat Rudolf Hüpp in Mannheim nach Offenburg,  
Außenber Johann Kapp beim Amtsgefängnis—Holzmarkt in  
Freiburg zum Landesgefängnis daselbst.

Die Oberjustizsekretäre Martin Knapp beim Amtsgericht  
Stodach zum Amtsgericht Triberg, Oswald Matt beim Amts-  
gericht Triberg zum Amtsgericht Stodach, August Beck beim  
Landgericht Freiburg zum Amtsgericht Freiburg und Fried-  
rich Link beim Amtsgericht Konstanz zur Staatsanwaltschaft  
daselbst, Justizassistent Sebastian Wosch bei der Staatsanwaltschaft  
Konstanz zum Amtsgericht daselbst, die Kanzleiassistenten  
Paul Reimann beim Notariat Pforzheim zur Staatsanwaltschaft  
daselbst und Franz Gawrich beim Amtsgericht Pforz-  
heim, sowie Kanzleiassistent Emil Jösel bei der Staatsanwaltschaft  
Pforzheim zum Notariat daselbst, Kanzleiassistentin  
Elisabeth Bäcker beim Amtsgericht Waldkirch zum Notariat  
daselbst, Außerer Josef Sisk beim Landesgefängnis Freiburg  
zur Landesstrafanstalt Bruchsal.

**Entlassen:**  
Justizobersekretär Karl Winter beim Notariat Karlsruhe  
auf Ansuchen.

**Ministerium des Kultus und Unterrichts.**

**Ernannt:**  
Rektor Dr. Georg Stude an der Volksschule in Raftatt zum  
Direktor der Realschule in Raftatt, die Lehramtspraktikanten  
Dr. Karl Chret aus St. Georgen bei Freiburg, Johann Herr-  
mann aus Schapbach, Hermann Krämer aus Reilingen, Emil

...Der aus Verbolzheim, Gustav Bruch aus Appenweier, Dr.  
Gottfried Göttsch aus Mannheim und Otto Kiefer aus Ball-  
dürn zu Professoren an der Realschule in Raftatt;  
der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Josef Berenbach an  
der Universitätsbibliothek Heidelberg zum Bibliothekar da-  
selbst; Hauptlehrer Ludwig Jungmann an der Volksschule in Karls-  
ruhe zum Reallehrer an der Fächerschule in Karlsruhe.

**Verfetzt:**  
Direktor Leonhard Sindlinger von der Gewerbe-  
schule in Heidelberg an jene in Bruchsal, Pro-  
fessor Josef Friedmann von der Realschule in  
Gernsbach und Zeichenlehrer Karl Thoma von der Gewerbe-  
schule in Raftatt an die Realschule in Raftatt, Obergewerbe-  
lehrer Heinrich Mad von der Gewerbe- und Obergewerbe-  
schule in Schwellingen, Gewerbelehrer Reinhold Herr-  
mann von der Gewerbe- und Obergewerbe-  
schule in Schwellingen an jene in Müll-  
heim.

**Kath. Kultus.**  
Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die  
Pfarrei Kesselwang ernannte Pfarrer Friedrich Würth,  
seitiger Pfarrer in Hubertshofen, wurde am 17. August d. J.  
kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die  
Pfarrei Krozingen ernannte Pfarrer Josef Komstein, seitiger  
Pfarrer in Radenburg, wurde am 21. August d. J. kirchlich  
eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die  
Pfarrei Hubertshofen ernannte Pfarrverweser Josef Stall,  
seitiger Kaplaneiverweser in Neffrich, wurde am 21. August  
d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die  
Pfarrei St. Johann in Freiburg ernannte Pfarrer Augustin  
Kurz, seitiger Pfarrer in Bad. Rheinfelden, wurde am 4. Sep-  
tember d. J. kirchlich eingesetzt.

**Kath. kirchliche Vermögensverwaltung.**

**Ernannt:**  
zu Oberfinanzräten: die Oberstiftungsräte Eugen Epp und  
Gustav Strohm;

zu Oberrechnungsräten: die Revisionsinspektoren Adolf Sisk,  
Klinger und Josef Weibel;

zu Revisionsoberinspektoren: die Oberrevisoren Oskar Link,  
Richard Roe, Albert Bauer, Karl Dürl, Otto Link, Eduard  
Wendler, Otto Jäpfel und Otto Kumpelhardt;

zu Finanzoberinspektoren: die Oberrevisoren Otto Waid und  
Julius Schlageter, alle beim katholischen Oberstiftungsrat;  
ferner: den Oberrevisor Karl Maurer beim katholischen  
Oberstiftungsrat zum Finanzoberinspektor unter Verleihung  
zur katholischen Stiftungsverwaltung Karlsruhe.

**Verfetzt:**  
Kassier Franz Stadelbacher bei der katholischen Stiftungs-  
verwaltung Karlsruhe als Finanzoberinspektor zum katholi-  
schen Oberstiftungsrat.

**Ministerium der Finanzen.**

**Eisenbahn-Generaldirektion.**

**Verfetzt:**  
die Lokomotivführer Hermann Schärmel von Freiburg nach  
Malsfeld, Hermann Hurst von Malsfeld nach Freiburg.

**Entlassen auf Ansuchen:**  
Eisenbahningenieur Waldemar Friedrich in Karlsruhe.

**KONZERTHAUS**

Samstag, 8. Oktober, 7 1/2 Uhr

**Arien- und Lieder-Abend**

k. u. k. Kammersänger LEO

# SLEZAK

von der Wiener Staats-Oper R. 662

Am Klavier: Musikdirektor **Honndorf.**

Konzertflügel von Steinway aus dem Lager von Maurer.

Karten zu **Mk. 35.—, 30.—, 25.—, 20.—, 15.—, 10.— u. 7.50**  
(einschl. Steuer und Einlaßgebühr) bei

**KURT NEUFELDT, Waldstraße 39**

## Die Forstabteilung des bad. Finanzministeriums in Karlsruhe

verkauft freihändig im Wege des Stockverkaufs aus nachstehenden Staatswaldungen das in den Winter-  
hieben 1921/22 anfallende **Buchen, Kiefern- und Eichen-**

### Schwellenholz.

Zur vorläufigen Unterrichtung der Käufer über die zu erwartenden Stärkeklassen ist im Folgenden  
schätzungsweise unterschieden zwischen dem Anfall mit Zapfstarke über 27 cm und unter 27 cm. Diese Unter-  
scheidung ist auf die enghaltige Massenbildung des auszuförmenden Schwellenholzes ohne wesentlichen Einfluß.  
Die Festmetereigenschaften sind geschätzt und unverbindlich.

Aus dem Forstbezirk (Forstamt)	geschätzter Anfall an:											
	Buchen				Kiefern				Eichen			
	über 27 cm fm	unter 27 cm Zopf fm	i. G. fm	vorau- schätzlicher Zapfstarke fm	über 27 cm fm	unter 27 cm Zopf fm	i. G. fm	vorau- schätzlicher Zapfstarke fm	über 27 cm fm	unter 27 cm Zopf fm	i. G. fm	vorau- schätzlicher Zapfstarke fm
Baden	150	50	200	50-60	—	—	—	—	20	30	50	50-60
Bruchsal <sup>1)</sup>	100	50	150	25	75	50	125	20	10	50	60	20
Emmendingen	45	30	75	100	—	—	—	—	15	20	35	90
Ettenheim	120	80	200	40	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg <sup>2)</sup>	800	700	1500	40	—	—	—	—	—	—	—	—
Graben in Bruchsal	115	30	145	30-55	320	90	100	30	—	—	—	—
Heidelberg	180	70	250	65	—	—	—	—	—	—	—	—
Herrnweies	270	330	600	80	—	—	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe-Grabt	—	—	—	—	200	200	400	30-40	—	—	—	—
Konstanz	150	—	150	40-60	80	—	80	40-50	—	—	—	—
Lothar	50	30	80	30-60	5	10	15	30-60	30	25	55	30-60
Marlhof	100	35	135	45-50	200	70	270	40-45	15	10	25	45-50
Neßkirch	130	60	190	40-50	30	20	50	40	—	—	—	—
Neßkirch	200	100	300	25-30	100	200	200	20-25	50	70	120	25-30
Neßkirch	40	50	90	60-70	—	—	—	—	—	—	—	—
Neßkirch	30	70	100	60	—	—	—	—	—	—	—	—
Neßkirch	100	50	150	35	100	50	150	35	—	—	—	—
Neßkirch	70	80	150	35	—	—	—	—	—	—	—	—
Neßkirch	150	50	200	150	—	—	—	—	—	—	—	—
Neßkirch	100	150	250	20-50	—	—	—	—	—	—	—	—
Neßkirch	120	30	150	50	80	50	130	45	30	10	40	55
Neßkirch	—	—	—	—	1000	200	1200	30-35	—	—	—	—
Neßkirch	200	200	400	50-70	—	—	—	—	—	—	—	—
Neßkirch	300	150	450	30	200	150	350	25	20	10	30	20
Neßkirch	30	60	90	45	5	10	40	—	—	—	—	—
Neßkirch	250	200	450	60-90	—	—	—	—	—	—	—	—
Neßkirch	250	130	380	80-100	—	—	—	—	—	—	—	—
Neßkirch	20	5	25	50-60	30	10	40	45-50	6	4	10	50-60
Neßkirch	80	70	150	50	—	—	—	—	45	25	70	50
				6960			4380				495	

**Badisches Landestheater.**

Samstag, 8. Oktober 7 bis nach 9 Uhr Mk. 14.40

Zum  
ersten Mal: **Die beiden Seehunde.**

Lustspiel in 3 Akten von Karl Rössler.

**Metallbetten**

Stahlmatt, Kinderbett, direkt  
an Private, Katalog 78 R frei  
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Zur Erweiterung der  
nach Finanzministerialbes-  
ordnung vom 3. Jan. 1907  
öffentlich zu vergeben:  
Grab- u. Maurer-, Zim-  
mer-, Pappdach-, Schlo-  
ßer- und Anstreicherarbei-  
ten, Zeichnungen, Beding-  
nisheft, Arbeitsbeschriebe  
bei der Bahnanstalt  
Ballbrunn und bei uns  
zur Einsicht, wo auch Ab-  
gabe der Angebotsvor-  
drude. Angebote verschlos-  
sen mit entsprechender  
Aufschrift postfrei bis 15.  
Oktober, vormittags 11  
Uhr, bei uns einzureichen.  
Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
Eberbach, 29. Sept. 1911.  
Bahnbauinspektion.

**Gerbstbericht für Baden auf 5. Oktober 1921.**

Nach den Berichten der Vertrauensmänner der landwirtschaftlichen Bezirksvereine für Weinbau-Gegebenen zusammengestellt durch das  
badische Statistische Landesamt. Nachdruck erwünscht!

Zur Ausbreitung einer  
**neuen, zugkräftigen, konkurrenzlosen Versicherungsart**  
suchen wir geeignete  
**Provisionsvertreter.**

Auch Herren, die in ihrer freien Zeit nebenberuf-  
lich für uns wirken wollen, belieben sich zu melden

Direktion der **CONCORDIA**  
Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellsch. Köln.

Reborte	Weißwein						Rotwein						
	Ertragende Stäche	Durchschnitts- ertrag vom bad. Morgen	Ge- samt- ertrag	Mo- ligkeit (nach Degré)	Be- ziffer- preis für das hl	Ver- kaufs- gang	Ertragende Stäche	Durchschnitts- ertrag vom bad. Morgen	Ge- samt- ertrag	Mo- ligkeit (nach Degré)	Be- ziffer- preis für das hl	Ver- kaufs- gang	Nach verkauf- liche Menge neuen Weines
<b>Markgräfler Gegend:</b>													
Ebringen (u. Freibg.)	270	7	1890/82-94	1400 <sup>1)</sup>	sehr leb.	wenig	—	—	—	—	—	—	—
Dottingen	62	12	744/84-90	1400	gut	zieml. viel	—	—	—	—	—	—	—
Staufen	160	12	1920/78-84	1000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staufen	151	15	2265/78-80	1266	—	wenig	—	—	—	—	—	—	—
<b>Kaiserstuhl:</b>													
Kastellen	240 <sup>2)</sup>	9 <sup>2)</sup>	2160/90-105	1200	gut	wenig	—	—	—	—	—	—	—
Wischhofen	170	10	1700/85-105	800-1200	—	—	42	10	420 <sup>3)</sup>	95-105	1000-1300	gut	wenig
Wurheim	170	9	1530/80-100	600-800	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Merdingen	270	13	3510/72-74	687	—	zieml. viel	—	11	550/76-78	—	Rein Verkauf	—	—
<b>Freisgau:</b>													
Weischheim	62	15	930/75	600	flau	zieml. viel	—	—	—	—	—	—	—
Lutschfelden	72	15	1080/60-70	533	gut	wenig	—	—	—	—	—	—	—
Wagenstadt	112	18	1792/68-74	890	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ettenheim	217	18	3906/85	860	flau	wiel	—	—	—	—	—	—	—
Münzingen	150	9	1350/75	666	gut	wenig	90	8	720	80	900	gut	—
Dinglingen	95	15	1425/80	—	flau	—	—	—	—	—	—	—	—
Lahr	180	20	3600/80-90	1200-1500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Ortenau und Bühler Gegend:</b>													
Niederschopfheim	246	15	3690/75-80	670	gut	wenig	—	—	—	—	—	—	—
Ortenberg	225	10	2250/90-100	1000-1100	—	—	110	10	1100/100-110	1000-1100	gut	wenig	
Zell-Weierbach	160	2,5	400/80-90	1000-1200	flau	zieml. viel	220	2	440/90-105	—	Noch kein Verkauf	—	
Stappeltobed	160	10	1600/85-90	—	Noch kein Verkauf	—	100	10	1000/90-100	—	—	—	
Waldburn	10	10	100/60-90	1500	gut	wenig	141	12	1692/92-105	1600 <sup>4)</sup>	gut	wiel	
<b>Unter Rheingegend:</b>													
Elmendingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

**4% Teilschuldverschreibungen 1915 der Müll-  
heim — Badenweiler Eisenbahn — Aktien-  
gesellschaft, Müllheim in Baden.**

Am 29. September 1921 wurde durch Herrn Gerichts-  
assessor Gauer als Dienstverweser des Notariats in  
Müllheim die 2. Verlosung unserer 4% Teilschuldver-  
schreibungen 1915 vorgenommen.

Es wurden folgende Nummern zur Rückzahlung auf  
den 2. Januar 1922 gezogen:

Nr. 103, 503, 566, 622, 956, 961.

Die Einlösung der Stücke geschieht planmäßig vom  
2. Januar 1922 ab gegen Einlieferung der ausgelosten  
Stücke nebst unentfallenen Zinscheinen und den Er-  
neuerungsscheinen. R. 670

**Einlösungstellen:**

in Müllheim (Baden) bei der Volksbank Müllheim G.  
m. u. V.,

in Badenweiler (Baden) bei unserer Gesellschaftskasse,

in Mannheim bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft  
M. G.,

in Freiburg bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft  
M. G.,

in Karlsruhe bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft  
M. G.

Rückstände aus 1. Verlosung: Nr. 171, 449, 515.  
Müllheim (Baden), den 6. Oktober 1921.

**Müllheim — Badenweiler Eisenbahn — Akt. — G. S.**

<sup>1)</sup> Edelwein, von dem sehr wenig vorhanden ist, kostet 1600 M. das hl. — <sup>2)</sup> Gemischter Wein. — <sup>3)</sup> Darunter 140 hl Rotwein und  
280 hl Edelwein. — <sup>4)</sup> Die Preise für Rotwein steigen.